

Gruber, Guenther R.

Article — Digitized Version

Die neue Rohstoffpolitik der USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gruber, Guenther R. (1954) : Die neue Rohstoffpolitik der USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 3, pp. 146-151

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131865>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die neue Rohstoffpolitik der USA.

Dr. Guenther R. Gruber, Washington

Eine Darstellung der amerikanischen Rohstoffpolitik stellt den Verfasser vor zwei schwierige Aufgaben: die eine besteht darin, eine Abgrenzung zwischen amerikanischer und internationaler Rohstoffpolitik vorzunehmen, und die zweite ist die, eine Konsistenz in der amerikanischen Rohstoffpolitik zu finden. Wenn man beispielsweise eine vor kurzem veröffentlichte Studie der UNO. „Commodity Trade and Economic Development“ zur Hand nimmt, so wird man darin viele Empfehlungen finden, die kleineren Industriestaaten oder solchen ohne eigene Rohstoffquellen, aber auch unterentwickelten Gebieten gelegen kommen, die aber wegen der vorgeschlagenen staatlichen Eingriffe von einer marktwirtschaftlich eingestellten Regierung kaum akzeptiert werden können. Die unter Beteiligung international anerkannter Experten ausgearbeitete Studie enthält u. a. eine Übersicht über die seit 1930 unternommenen Anstrengungen, die Rohstoffpreise international zu stabilisieren, und gibt zu, daß internationale Abkommen oder die Anlegung von sogenannten „buffer-stocks“ (Auffanglager für Rohstoffe zur Zeit eines Preisfalls und Verkauf während einer Preissteigerung) im Sinne der Keynes'schen Wirtschaftstheorie liegen, von der sich die USA. seit einiger Zeit distanziert haben. Schließlich wird nach der Beschreibung der verschiedenen Stabilisierungsmöglichkeiten und ihrer Vor- und Nachteile vorgeschlagen, daß der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO. eine internationale Organisation, die Trade Stabilization Commission (Kommission zur Stabilisierung des Handelsverkehrs) schaffen solle, deren Aufgabe es sein würde, als internationales Beratungsorgan für die Stabilisierung der Rohstoffpreise zu fungieren.

Dem Kenner der amerikanischen Wirtschaftspolitik wird es nicht schwer fallen, diesem Vorschlag unter den derzeitigen Verhältnissen einen Erfolg abzusprechen: das sog. „Bricker Amendment“ zeigt am deutlichsten die Stimmung, die Vollmacht der Exekutive zum Abschluß internationaler Abkommen zu beschränken. Dieser Antrag zur Änderung der amerikanischen Verfassung kommt auch nicht zufällig; die internationale Bindung ohne vorherige Zustimmung des Kongresses war schon seit einigen Jahren ein besonderer Angriffspunkt der Legislative gegen die Verwaltung. Auf dem Gebiet der Handels- und Rohstoffpolitik richteten sich diese Angriffe vor allem gegen das General Agreement on Tariffs and Trade, die International Materials Conference (die inzwischen Ende 1953 aufgelöst wurde) und die vorgeschlagene Havanna-Charta mit der International Trade Organisation, deren Nachfahre gewissermaßen die oben erwähnte Trade Stabilization Commission sein würde. Dieser Zug der Zeit zur „Beschränkung auf sich selbst“ wirkt sich auch auf die amerikanische Rohstoffpolitik aus, wenn auch nicht die gesamte öffentliche Meinung geschlossen dahinter-

steht. Es kommt aber in unserer Studie nicht darauf an, die seit Jahren bekannte Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu betrachten — diese wird als allgemein bekannt vorausgesetzt —, sondern die möglichen Abweichungen von dieser Linie aufzuzeigen. Weiter sollen hier nicht Rohstoffe allgemein behandelt werden, sondern die Darstellung muß auf Industrierohstoffe und von ihnen wieder auf jene Metalle und Mineralien beschränkt bleiben, die von strategischem Wert und nicht „in unbeschränkten Mengen“ vorhanden sind.

VERBRAUCH UND VERSORGUNG

Als im Juni 1952 der sogen. Paley-Bericht (The President's Materials Policy Commission Report) veröffentlicht wurde, kam darin die damalige Auffassung von der Rohstoffpolitik klar zum Ausdruck, oder wie Senator Malone dazu äußerte: „der fünfbändige Bericht könnte auf eine Seite kondensiert werden, die wiederum in 26 Wörtern zusammengefaßt werden kann: bei zunehmendem Rohstoffbedarf werden die USA. bald ihre Quellen erschöpft haben. Aus diesem Grunde müßten die eigenen Reserven geschont und Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden“. Ganz so einfach ist das Problem jedoch nicht, und der Bericht hat wegen seiner Materialfülle allgemeine Anerkennung gefunden und dient heute noch als Richtschnur für eine „Politik auf lange Sicht“. Er war Grundlage für die Ausarbeitung der Arbeitsunterlagen für eine im Dezember 1953 von der Ford-Foundation in Washington veranstaltete Konferenz über die Rohstoffentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Mid-century Conference on Resources for the Future), an der namhafte Vertreter von Industrie, Wissenschaft und Regierung teilnahmen und auf der bereits die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Rohstoffpolitik deutlich erkennbar wurden. Die Grundzüge der Arbeitsunterlagen, die von der Brookings Institution (Washington) ausgearbeitet worden waren, sind folgende:

Das Rohstoffproblem hängt eng mit der Bevölkerungszunahme, der wirtschaftlichen Aktivität sowie dem wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zusammen. Vor ca. 50 Jahren waren die USA. mit einer Bevölkerungszahl von 76 Millionen ein vorwiegend landwirtschaftliches Gebiet und standen am Beginn der industriellen Entwicklung. Heute sind es 160 Mill. Menschen mit ca. 50% der industriellen Kapazität der Welt. Die bedeutendsten Veränderungen haben in den letzten beiden Jahrzehnten stattgefunden (Kunstfasern, Atomenergie, hochoktaniges Benzin, Düsenflugzeuge usw.). Zwischen 1940 und 1953 hat die Bevölkerung der USA. um 30% zugenommen. Der Lebensstandard und damit die Abhängigkeit von der Rohstoffversorgung sind in ständigem Ansteigen begriffen. In den Jahren 1900—1950 haben die USA. rund 40 Mrd. barrels Erdöl, 26 Mrd. t Kohle,

3 Mrd. t Eisenerz, 33 Mill. t Kupfer, 26 Mill. t Zink, 22 Mill. t Blei für industrielle Zwecke verbraucht. Dieser Verbrauch von Kupfer, Blei, Zink und Erdöl ist nach dem Paley-Bericht größer als die bekannten Reserven dieser Rohstoffe. Seit 1900 hat die Verwendung von Mineralien um das Sechsfache zugenommen. Unter der Annahme der unbeschränkten Fortdauer des „kalten Krieges“ nimmt der Rohstoffbedarf weiterhin zu. Beispielsweise enthält ein mittlerer Bomber heute um 50 % mehr Aluminium als ein schwerer während des zweiten Weltkrieges; ein U-Boot erfordert 1 600 t Stahl und 195 t Kupfer; ein Geschützfeuer von einer Minute Dauer durch ein modernes Schlachtschiff verbraucht 50 t Legierungsstahl; mit dem Stahlaufwand für einen mittelschweren Tank kann man 30 Personenkraftwagen herstellen. Neben diesen hohen Rüstungsanforderungen dürfen auch das staatliche Lagerhaltungsprogramm und der Bedarf anderer Industrien nicht vergessen werden. Auch neue Erfindungen und Ersatzstoffe können diesen Einsatz von Rohstoffen nicht wettmachen.

Bei einer Zunahme von 3 Mill. Menschen pro Jahr wird die Bevölkerung der USA. 1975 ca. 190 bis 227 Mill. betragen. Entsprechend müßte das Sozialprodukt 1975 doppelt so groß sein wie 1950, so daß ein Rohstoffeinsatz von 50—60 % über dem gegenwärtigen Stand erforderlich sein wird. Die USA. haben während des zweiten Weltkrieges 65 verschiedene Rohstoffe aus 53 Ländern eingeführt. 27 Rohstoffe waren in den USA. überhaupt nicht vorhanden. Von Ferrolegierungen konnte nur Molybdän voll aus eigenen Vorkommen gedeckt werden. Eingeführt werden mußten Nickel, Kobalt, Wolfram, Chromeisenstein und Kolumbium. Weiter kommen wesentliche Mengen Zink, Blei und Kupfer aus dem Ausland. Zinn muß ebenfalls importiert werden, und Bauxit wird nur zu 40 % aus inländischen Quellen gedeckt. Von 13 lbs Mangan, die pro Tonne Stahl erforderlich sind, erzeugen die USA. nur 0,5 lbs.

Somit müssen die USA. ihre Rohstoffe, soweit die inländischen Rohstoffquellen nicht ausreichen, aus Ländern beziehen, die diese Rohstoffe am billigsten herstellen und liefern können. Im Vertrauen auf die Erfinderkraft der USA. wird die Frage des Paley-Berichts, ob nicht zunehmende Anstrengungen gemacht werden müßten, um jede Tonne wichtiger Rohstoffe zu fördern, wenn Quantität und Qualität abnehmen, positiv beantwortet.

AUTARKIE ODER AUSLANDSBEZUG?

Auf der erwähnten Konferenz hörte man zu dieser Lage folgenden Kommentar: Die USA. hätten seit 1950 die Produktion von Investitionsgütern um 30 %, die Rohstoffproduktion jedoch nur um 10 % gesteigert. Die moderne Rüstung verbrauche viel weniger Industrierohstoffe als die Produktion für den Zivilbedarf. Die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffquellen sei nicht so bedenklich, da durch moderne geologische Abbaumethoden bisher wirtschaftlich unrentable Vorkommen erschlossen werden könnten. Das Rohstoffproblem hänge mit der Tätigkeit in den unterent-

wickelten Gebieten zusammen. Diese sollten jedoch nicht durch eine großzügige Regierungshilfe der USA. erschlossen werden, sondern wie bisher solle Privatkapital die Rohstoffquellen auswerten. Einige Vertreter forderten ein „starkes Auftreten“ der USA., falls sich die unterentwickelten Gebiete gegen das Einströmen von Privatkapital zur Entwicklung der Rohstoffbasis wehren sollten; andere Sprecher wiederum wollten mit der Aufschlußtätigkeit auch ein soziales Programm durchgeführt wissen, um den Lebensstandard der jeweiligen Landesbevölkerung zu heben.

Im großen und ganzen kristallisieren sich jedoch zwei Gedanken heraus: die amerikanischen Rohstoffquellen dürften nicht versiegen, sondern Abbau und Absatz der Rohstoffe müßten sichergestellt werden. Die USA. seien in ihrer liberalen Handelspolitik zu weit gegangen und hätten nicht genügend das Interesse einzelner Rohstoffgruppen (Blei, Zink und Kupfer) vertreten. Eine Untersuchung jeder einzelnen Branche sei notwendig, bevor Zollsenkungen durchgeführt oder anderen Staaten handelspolitische Zugeständnisse gemacht würden. Der zweite Gedanke war die Frage der Nachsicherung im Falle eines Krieges, und in diesem Zusammenhang wurde gefordert, daß man sich bei einer zukünftigen Rohstoffpolitik auf die Gebiete der westlichen Hemisphäre beschränken solle. Ein interessanter Standpunkt, der später noch näher zu erörtern sein wird.

Der Gegensatz zwischen der „Deckung des Rohstoffbedarfs aus billigen Quellen“ einerseits und den berechtigten Interessen der amerikanischen Bergbauindustrie andererseits spiegelt sich im Randall-Bericht wider, der am 23. Januar 1954 veröffentlicht und durch einen Minoritätsbericht vom 30. Januar ergänzt wurde. Auf die Tätigkeit und Aufgaben der Randall-Kommission wurde bereits in einem früheren Heft dieser Zeitschrift Bezug genommen¹⁾, und es wurde darauf hingewiesen, daß diese Gruppe sich ihrer wichtigen Aufgabe — Richtlinien für eine zukünftige amerikanische Außenhandelspolitik zu geben — nur durch einen Kompromiß zwischen liberaler und protektionistischer Auffassung würde entledigen können. Es ist bekanntlich nicht einmal zu diesem Kompromiß gekommen, und die beiden Seiten haben sich in einem Majoritäts- und einem Minoritätsbericht geäußert. Die Empfehlungen über die Rohstoffpolitik sind vage und stellen bereits im Hauptbericht einen Kompromiß dar. Bevor jedoch auf die Empfehlungen eingegangen wird, sei erwähnt, daß Präsident Eisenhower in seiner Haushaltsbotschaft vom 22. Januar 1954 die Einsetzung eines Kabinettsausschusses bekanntgab, der „Richtlinien für eine weise Verwendung und die Entwicklung der inländischen Rohstoffquellen aufstellen und die industrielle Rohstoffversorgung im Falle eines nationalen Notstandes sicherstellen soll. Die notwendigen Untersuchungen und Durchführungsarbeiten sind durch das Bureau of Mines vorzunehmen“. Der Randall-Bericht äußert sich wie folgt über die industrielle Rohstoffversorgung: Die USA. sind von ausländischen

¹⁾ Wirtschaftsdienst, Heft 12/1953, S. 770 ff.

Rohstoffen abhängig, wie z. B. auch Europa und Japan. Die Erschließung von Rohstoffquellen und die Entwicklung von Ersatzstoffen sind daher zum Lebensproblem geworden. Im Gegensatz zu anderen Industriestaaten verfügen die USA. noch über beträchtliche, bisher wegen ungenügender Rentabilität nicht ausgewertete Rohstoffquellen, die jedoch im Ernstfall abgebaut werden können. Wegen dieser Abhängigkeit auch der USA. von unterentwickelten Gebieten sollen die Erschließungsarbeiten durch den Einsatz von Privatkapital verstärkt werden. Unterentwickelte Länder müssen sich zu einer „Politik der offenen Tür“ entschließen, und der amerikanische Produzent muß wissen, daß der Absatz der aus seinen Auslandsbetrieben in die USA. importierten Rohstoffe durch eine konsistente Handelspolitik gesichert ist. Neben diesen wirtschaftlichen Erwägungen müssen noch die militärischen und Sicherheitserwägungen zur Aufrechterhaltung der eigenen Produktion untersucht werden: Entwicklung der Rohstoffquellen vor allem in solchen Ländern, die gute Beziehungen zu den USA. unterhalten und deren Verkehrswege vor möglichen Angriffen ziemlich sicher sind. Die Aufrechterhaltung der inländischen Rohstoffproduktion „notleidender“ Industriezweige solle nicht durch Schutzzölle ermöglicht werden. Nur militärische Erwägungen könnten für die Weiterführung einer mit hohen Kosten arbeitenden Inlandsindustrie ausschlaggebend sein; dann sei aber die Produktion nicht durch Schutzzölle, sondern durch andere Mittel (aus dem Verteidigungshaushalt) zu unterstützen.

Die beiden Kommissionsmitglieder Senator Bush und Abgeordneter Vorys traten für den Zollschutz strategisch wichtiger Rohstoffe ein, fügten aber hinzu, auch die Ausführung von Regierungsaufträgen werde einigen Produzenten ohne die Einführung von Schutzzöllen helfen. Senator Hickenlooper schloß sich überhaupt den Empfehlungen nicht an, da diese zu sehr generalisierten und ein so wichtiges Problem nicht auf diese Art zu lösen sei. Schließlich meinte der einflußreiche Senator Millikin aus Colorado, die Empfehlungen des Berichts seien gefährlich und machten die USA. noch mehr vom Ausland abhängig. Die Erfahrungen der beiden Weltkriege hätten deutlich gezeigt, wohin die Abhängigkeit vom Ausland führe. Die amerikanischen Rohstoffquellen müßten ausgebaut werden, und durch moderne Abbaumethoden und Aufbereitungsverfahren seien auch schlechtere Vorkommen auszuwerten. Alle Vorhersagen, die Rohstoffvorkommen würden sich erschöpfen, seien bisher illusorisch. Neue Entdeckungen und Erfindungen von Ersatzstoffen hätten alle Theorien wie „die Weltkohlevorräte werden bald erschöpft sein“ ad absurdum geführt. Ungenügender Zollschutz führe jedoch zum Versiegen inländischer Quellen, weil sich niemand bereitfinde, mit höheren Kosten inländisches Material abzubauen. Auf diese Weise würden die ehemals blühenden Bergbaustädte des Mittleren Westens in Geisterstädte verwandelt. Die USA. müßten daher für strategische Rohstoffe die Autarkie anstreben.

Im Minoritätsbericht wird vor allem auf die Empfehlungen zur Preisstabilisierung Bezug genommen. Hierzu heißt es im Randall-Bericht: Internationale Warenabkommen lösen nicht die Preisfrage. Solche Abkommen sind restriktiv und beschwören die Gefahr herauf, daß Behörden Preise beeinflussen können und eine Freigabe aus staatlichen Lagerbeständen Preisstürze hervorrufen kann. Daher empfiehlt Randall den Abbau der Handelsschranken durch die USA. und durch andere Staaten, Beseitigung von Monokulturen durch Investitionen amerikanischen Privatkapitals und durch Errichtung anderer Produktionszweige; Vermeidung staatlicher Lagerhaltungsprogramme, Preisstabilisierung in den USA. (die günstige Auswirkungen auf andere Staaten hat) und Konsultationen über Einsatz, Angebot, Preise und technischen Fortschritt einzelner Rohstoffe mit anderen Staaten.

Die beiden republikanischen Abgeordneten Reed und Simpson, die den Minoritätsbericht unterzeichnet haben, sind gegen alle internationalen Abmachungen. Diese führen nach ihrer Ansicht zu internationalen Kartellen und zur Sozialisierung (Staatshandel). In ihren Empfehlungen über die zukünftige Politik heißt es: „Die Frage der Rohstoffpolitik ist ein besonderes Problem. Die USA. werden zusehends stärker von ausländischen Rohstoffen abhängig. Diese sollen auch ins Land kommen; andererseits ist es aber für die Sicherheit der USA. erforderlich, auch die mit verhältnismäßig hohen Kosten arbeitende inländische Rohstoffproduktion aufrechtzuerhalten. Wir haben keine Lösung dieses Problems vorzuschlagen, sind aber der Auffassung, daß eine Institution vom Kongreß mit einer diesbezüglichen Studie betraut werden sollte, um jeden einzelnen strategisch wichtigen Rohstoff zu untersuchen und eine entsprechende Politik zu empfehlen“. Sowohl der Majoritäts- als auch der Minoritätsbericht stimmen der weiteren Untersuchung bei, die Präsident Eisenhower bereits vorher in seiner Haushaltsbotschaft eingeleitet hat. Der Randall-Bericht kann daher für die Gestaltung der zukünftigen Rohstoffpolitik der USA. nur als Interimsbericht gewertet werden, da er auf diesem Gebiet allgemein gehalten ist. Es ergibt sich daher die berechtigte Frage, welches die Grundlage für die vorgeschlagene Untersuchung sein wird und ob sich die Rohstoffpolitik gegenüber der bisherigen liberalen Einstellung ändern wird? Nur die Blei- und die Zinkindustrie haben besonderen Schutz verlangt. Auf die laufende Untersuchung der amerikanischen Zollkommission über den Schutz dieser Produktionszweige wird später noch eingegangen werden. Wenn man bei den Betrachtungen über die Rohstoffpolitik der USA. von der Annahme einer Fortsetzung des kalten Krieges ausgeht, wird man in den Ausführungen anlässlich der Einvernahmen im Kongreß über das Rohstoffproblem die wesentlichsten und besten Anhaltspunkte finden.

DIE INLANDSRESERVEN

Am 21. Juli 1953 faßte der amerikanische Senat den Beschluß, das „Committee on Interior and Insular Affairs“ oder einen zu gründenden Unterausschuß mit

einer Untersuchung zu beauftragen, die folgende Punkte zum Inhalt haben soll: a) den Zugang der USA. zu kritischen Rohstoffen im Falle eines Krieges, und b) Methoden zur Steigerung der inländischen und der ausländischen Produktion, um die Rohstoffbasis der USA. zu sichern. Die Studie hätte bis Ende Januar 1954 abgeschlossen sein sollen und hätte somit der Randall-Kommission als Unterlage dienen können, wenn diese ihren Bericht nicht vorzeitig fertiggestellt hätte. Schließlich wurde die Frist bis zum 30. April verlängert. Mit der Untersuchung wurde ein Unterausschuß des Senats beauftragt, der unter dem Vorsitz des Bergbau-Senators George W. Malone aus Nevada (Republikaner) tagt und bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet hat.

Die Ausführungen und Ziffern stützten sich auf das Material des Bureau of Mines (Dept. of the Interior), das über die besten statistischen Unterlagen über Metalle und Mineralien verfügt. Ende Oktober machten vor dem Ausschuß die wichtigsten Vertreter des Bureaus ihre Aussagen, nachdem vorher der Innenminister und der Staatssekretär für Mineral Resources, Mr. Felix Wormser, gehört worden waren. Vor Beginn der Arbeiten in Washington ist der Ausschuß in Seattle, Henderson, Los Angeles und Salt Lake City gewesen und hat an Ort und Stelle Sachverständige gehört. Im Zuge dieser Untersuchungen haben sich folgende Haupthindernisse für den weiteren Ausbau des amerikanischen Bergbaus ergeben: der Reciprocal Trade Agreement Act (d. h. Zollsenkungen im Rahmen des GATT); hohe Besteuerung, die Risikokapital von der Rohstofferschließung fernhält; Ankauf ausländischer Rohstoffe für das staatliche Lagerhaltungs-

programm, da diese vielfach billiger sind (was auf die im Ausland gezahlten „Ausbeutungslöhne“ zurückgeführt wird).

Nach Auffassung des Bureau of Mines können die USA. unter Heranziehung der Rohstoffe in den Staaten der westlichen Hemisphäre autark werden, und das ist für den Ernstfall anzustreben. Diese wichtige Feststellung gründet sich auf folgenden Überlegungen: nur bei Industriediamanten sind die beiden Amerikas völlig vom Ausland abhängig. Das Bureau macht bereits Versuche zu ihrer synthetischen Herstellung, war aber bisher nicht erfolgreich. Eine teilweise Abhängigkeit besteht für Asbest, Chromerz, Kobalt, Kolumbium-Tantal, Zinn und Wolfram, wobei die Hoffnung besteht, Asbest künstlich herzustellen. Die Verwertung niedrigprozentiger Chromerze für Stahllegierungen scheint möglich, und es wird auf ein Verfahren verwiesen, das die Heranziehung 30 %iger Chromerze für die Erzeugung von Stahllegierungen ermöglichen soll. Die Autarkiemöglichkeit basiert auf „kommerziell verwertbaren Rohstoffvorräten“. „Rohstoffvorrat“ bedeutet bekannte Reserven, die abgebaut werden können.

Eisenerz

Die USA. werden 1970 ca. 35 % ihres Bedarfs an Eisenerzen einführen müssen. Die Erzeinfuhr wird zur Erhaltung inländischer Lager empfohlen. Für den Einsatz geringhaltiger Eisenerze wird ein entsprechendes Forschungs- und Versuchsprogramm vorgeschlagen. Die Erzreserven der USA. werden mit 6,16 Mrd. t, die südamerikanischen mit 3,5 Mrd. t beziffert. Die Erzförderung der USA. im Jahre 1951 betrug 115,9 Mill. t und sank 1952 durch den Stahlarbeiterstreik auf 97,3 Mill. t. Die Einfuhr der beiden Jahre belief sich auf 10,1 bzw. 9,76 Mill. t.

Chromerz

Die beiden Amerikas verbrauchen ein Drittel der Weltproduktion, die ca. 3,5 Mill. sh. t pro Jahr beträgt. Ihre eigene Produktion beträgt aber weniger als 3 % der Weltproduktion, so daß abbauwürdige Reserven in Amerika in Jahresfrist erschöpft sein könnten. 1952 importierten die USA. Chromerze in Höhe von 712 600 sh. t Cr₂O₃-Gehalt. Die wichtigsten Produzenten sind die Türkei, die Sowjetunion, Südafrika, die Philippinen, Rhodesien, Jugoslawien und Neukaledonien. Ziel der amerikanischen Politik wird es sein, den Chromgehalt der Lateriterze Kubas zu gewinnen. Die kubanischen Vorkommen werden auf 17 % der Weltreserven in Höhe von 300 Mill. t Cr₂O₃ geschätzt. Von den 550 000 t Kubaerzen dürften 500 000 t in der Hüttenindustrie und 50 000 t in der Stahlindustrie Verwendung finden können. (Die Verletzbarkeit der Nachschubwege der USA. in Kriegeszeiten wies Senator Malone mit der Bemerkung nach, daß im zweiten Weltkrieg 88—90 % der Chromerzlieferungen von Südafrika und Rhodesien nach den USA. von deutschen U-Booten versenkt worden seien.)

Kobalt

Kobalt findet sich meistens im Gemenge mit anderen Metallen. Bei Erfindung eines entsprechenden Prozesses könnte aus amerikanischen Erzen Kobalt in Höhe von 5,3 Mill. lbs jährlich gewonnen werden; auch könnte dann Kobalt aus den kubanischen Lateriten gewonnen werden. Der jährliche Verbrauch der USA. beträgt 9 bis 10 Mill. lbs, die zu 70 % aus Belgisch-Kongo und zu 10 % aus Französisch-Marokko eingeführt werden. Lagerhaltungskäufe wurden empfohlen.

Manganerze

Ferromangan ist wichtig für die Erzeugung von Stahllegierungen. Die Vorräte der USA. würden zur Deckung eines Zweijahresbedarfs reichen. Die Vorräte der beiden Amerikas belaufen sich auf ca. 70 Mill. t, wovon 90 % in Brasilien liegen, von denen wiederum nur die Hälfte erschlossen ist. Der Import belief sich 1952 auf 1,2 Mill. t Manganerz, wovon über 1 Mill. t aus Indien importiert wurden. Die amerikanische Produktion beläuft sich auf ca. 100 000 t pro

Weltrohstoffproduktion 1952

(Anteile in %)

Rohstoff	USA.	Gesamt-Amerika	Europa
Aluminium	41,5	63,6	32,7
Antimon	4,3	41,2	10,6
Asbest	3,4	62,6	4,0
Bauxit	13,2	59,4	18,2
Beryllium	7,1	53,3	1,2
Wismut	—	39,2	5,5
Kadmium	61,9	69,2	23,7
Chromerz	0,6	2,5	4,7
Kobalt	3,8	9,8	—
Kolumbium	0,2	0,3	—
Kupfer (Grubenförderung)	30,7	58,1	15,4
Kupfer (Umschmelzware)	32,8	55,1	20,5
Industriediamanten	—	0,9	—
Eisenerz	33,5	37,7	53,7
Blei (Grubenförderung)	19,4	49,5	23,8
Blei (Umschmelzware)	23,9	50,2	31,7
Magnesium-Metall	63,6	66,9	5,6
Mangan	1,4	8,6	33,8
Quecksilber	8,4	14,2	73,0
Glümmerschiefer	57,1	59,1	0,8
Molybdän	88,4	96,4	0,6
Nickel	0,3	78,4	14,7
Rohöl	50,9	71,2	9,2
Platin und verwandte Metalle	5,1	49,9	14,8
Schwefel	88,2	89,3	—
Tantal	—	52,4	—
Zinn (Grubenförderung)	0,1	19,1	1,9
Zinn (Umschmelzware)	13,4	14,0	41,0
Titanium (Ilmenit)	53,7	58,0	13,3
Titanium (Rutil)	—	—	0,1
Wolfram	12,5	27,1	15,8
Zink (Grubenförderung)	24,0	53,2	27,6
Zink (Umschmelzware)	37,3	49,5	41,9

Anmerkung: In „Europa“ sind auch die Oststaaten einschließlich der Sowjetunion einbezogen. Die Aufstellung hat mit der folgenden Darstellung über die Autarkiemöglichkeit der beiden Amerikas nichts zu tun, da letztere auf bekannten Reserven basiert.

1) In Kolumbium enthalten.

Jahr und stellt somit ca. 5 % des Jahresbedarfs dar. Pro Tonne Stahl sind ca. 12–14 lbs Ferromangan erforderlich. 50 % des Mangans können aus der Schlacke zurückgewonnen werden. Diese Quelle stellt somit eine wichtige Rohstoffbasis dar.

Molybdän

Auf diesem Sektor sind die beiden Amerikas autark und verfügen über große Reserven. Die USA. produzieren 88 % und Chile 7 % der Jahresweltproduktion, die sich 1952 auf 22 200 t belief.

Nickel

Die Rüstung erfordert bedeutende Mengen von Nickel. Der derzeitige Friedensbedarf der USA. kann aus den Erzvorkommen der beiden Amerika gedeckt werden. Die Produktion in den USA. und Kanada soll bis 1956 auf 200 000 t Reinnickel gesteigert werden. Anfang Februar 1954 hat es die National Lead Comp. übernommen, die Produktionskapazität der regierungseigenen Nickelanlage in Nicaro (Kuba) um 75 % zu erhöhen. Die Produktion der Anlage belief sich 1953 auf ca. 14 000 sh. t. Gleichzeitig hat die Freeport Sulphur Comp. erhöhte Steuerabschreibungsmöglichkeiten für die Ausweitung der Nicaro Nickel Comp., die mit der regierungseigenen Anlage nichts zu tun hat, erhalten. Diese Entscheidung erfolgte ebenfalls im Februar dieses Jahres und zeigt deutlich, welche Bedeutung die amerikanische Regierung der Ausweitung der Nickelproduktion zumißt. Die Verlautbarung der Regierung, wonach Zivilverbraucher von Nickel im ersten Quartal 1954 ihre Anforderungen um 28–34 % senken müssen, hat schwere Bestürzung in der verarbeitenden Industrie hervorgerufen. Die Entscheidung war nötig, um erhöhte Einkäufe für das staatliche Lagerhaltungsprogramm vornehmen zu können.

Kanada förderte 1952 86 % der Weltproduktion, während die USA. 1 % ihres Bedarfs aus eigener Produktion deckten. Die Nickelreserven der westlichen Hemisphäre werden auf 30 Mill. t geschätzt, wovon 97 % in Kanada liegen. Nickel stellt somit kein besonderes Problem für die USA. dar.

Wolfram

Die Wolframproduktion reagiert besonders empfindlich auf die schwankenden Preise. Die Erzreserven der USA. werden auf ca. 80 000 t geschätzt. Die Produktion belief sich 1952 auf 6 905 t Wolframgehalt, der Verbrauch auf ca. 5 000 t, die Importe auf ca. 9 000 t. Letztere dienen in erster Linie der Anlegung umfangreicher Lager. Die inländische Produktion wird subventioniert, eine Maßnahme, die bis 1958 aufrechterhalten werden soll: der Ankaufspreis inländischer Materials beträgt 63 \$ pro sh. t, der Weltmarktpreis dagegen nur 40–42 \$.

Vanadium

Die USA. sind der größte Produzent und Verbraucher von Vanadium. Seit 1947 werden jedoch aus Sicherheitsgründen keine Produktionsstatistiken mehr veröffentlicht.

Antimon

Der Jahresverbrauch der USA. beträgt ca. 39 000 t, wovon 57 % Sekundärmaterial sind, das aus alten Autobatterien gewonnen wird. Das Primärmaterial in Höhe von 19 000 t pro Jahr wird in Form von Erzen vorwiegend aus Mexiko und Bolivien, geringe Mengen auch aus Peru und Chile eingeführt. Die Jahresförderung der westlichen Hemisphäre beläuft sich auf ca. 23 500 t und deckt somit den Bedarf der USA.

Kadmium

Im Jahre 1952 produzierten die USA. etwas über 4 000 t und deckten somit einen großen Teil ihres Jahresbedarfs von etwas über 5 000 t. Das Metall fällt als Nebenprodukt bei der Zinkgewinnung an: eine Tonne Zink ergibt im Durchschnitt 5,5 lbs Kadmium. Die Versorgung bereitet zur Zeit keine Schwierigkeiten.

Wismut

Die Weltproduktion beläuft sich heute auf ca. 2 000 t pro Jahr. Der Jahresverbrauch der USA. im Jahre 1952 betrug 1 775 t. Die USA. sind von Einfuhren vorwiegend aus Peru, Mexiko und Bolivien abhängig. Das Metall fällt als Nebenprodukt bei der Blei-, Silber- oder Kupfergewinnung an.

Kupfer

Ein Drittel des Kupferverbrauchs der USA. muß durch Einfuhren gedeckt werden. Die Reserven der beiden Amerika sind bedeutend und könnten den Bedarf voll decken. Die USA. waren 1952 an der Weltkupferproduktion mit 33 % beteiligt. Die inländischen Reserven werden auf 25 Mill. t

geschätzt. Hinzu kommen noch beträchtliche Reserven in Chile, Peru und anderen südamerikanischen Staaten. Bei Kupfer spielt das Preisproblem eine wichtige Rolle. Nach Aufhebung des Festpreises von 27,5 cents pro lbs stieg der Kupferpreis auf ca. 30 cents. Im Sommer 1953 hat die chilenische Regierung das Kupferabkommen mit den USA. gekündigt und einen Preis von 36,5 cents pro lbs verlangt. Durch die Einstellung der Kupferbezüge der USA. sammelten sich in Chile beträchtliche Kupfervorräte an, die auf 120 000 — 150 000 t geschätzt wurden. Schließlich wurde Ende November in langwierigen Verhandlungen ein Übereinkommen erzielt, wonach die USA. aus chilenischen Lagerbeständen Kupfer übernehmen; der Preis betrug 30 cents pro lbs.

Blei und Zink

Diese beiden Metalle stellen für die amerikanische Rohstoffpolitik die schwierigsten Probleme dar. Durch das ständige Fallen der Preise beider Metalle (Blei steht gegenwärtig auf 12,5 cents, Zink auf 9,25 cents pro lbs) sah sich die amerikanische Industrie gezwungen, Betriebe stillzulegen. Aus diesem Grunde verlangte sie nach erhöhtem Schutz und stellte einen Antrag auf Zollerhöhung und Einführung eines gleitenden Preisschutzes. Dieser Antrag auf Preisschutz wurde auch in die sogen. „Zweite Simpson Bill“ aufgenommen, und es wurde festgelegt, daß bei einem Fallen der Preise unter 15,5 cents pro lbs für Blei und Zink das 1½ fache der Differenz zwischen dem Festpreis von 15,5 cents und dem jeweiligen Marktpreis zusätzlich zum Importzoll vom Importeur zu zahlen ist. Gleichzeitig hat die Industrie im September 1953 bei der Zollkommission die Erhöhung des Zollsatzes um 50 % beantragt, worüber öffentliche Einvernehmen stattfanden. Außerdem hat der Präsident Ende Oktober 1953 einen Ausschuß mit der Aufgabe betraut, sofortige Maßnahmen in den Bergbau-Notstandsgebieten auszuarbeiten. Mitte Februar traten führende Kongreßmitglieder an die Regierung heran und forderten die Ergreifung von Sofortmaßnahmen; vorgeschlagen wurden Importquoten, gleitender Preisschutz, Zollerhöhung, Preissubventionen, die Schaffung einer Metallkreditgesellschaft u. a. Die USA. decken ca. 1/3 ihres Bedarfs aus eigener Produktion.

Zinn

Die Jahreseinfuhr beläuft sich auf ca. 90 000 lg. t, wovon 1/3 in Form von Konzentraten importiert und in der verstaatlichten Umschmelzanlage in Texas City verarbeitet wird. Die Einfuhren kommen größtenteils aus Südostasien und Bolivien. Die eigene Produktion ist gering. Die Gewinnung von Sekundärmaterial beläuft sich auf ca. 30 000 t im Jahr. Die Reserven der beiden Amerika sind ungenügend.

Kolumbium und Tantal

Rund 97 % des Bedarfs an diesen beiden Metallen werden aus Afrika eingeführt (Kolumbium ist auch als Niobium bekannt). Beide Minerale kommen als Nebenprodukte vor und sind selten. 90 % der Weltproduktion stammen aus Nigeria und Belgisch-Kongo und fallen bei der dortigen Zinnproduktion an. Die USA. weisen beträchtliche Reserven auf, die jedoch bisher noch nicht aufgeschlossen wurden. Aus diesem Grunde werden eine rasche Erfüllung des staatlichen Lagerhaltungsprogramms sowie die Durchführung eines Forschungsprogramms empfohlen.

Zirkonium und Hafnium

Das Ausgangsmaterial Zirkon wird in genügenden Mengen in den USA. gefunden und der Vorrat auf 15 Mill. t geschätzt. Die beiden Metalle werden von einem Werk des Bureau of Mines hergestellt. Weitere große Reserven in Höhe von 2 Mill. t befinden sich in Brasilien.

Aluminium

Im Jahre 1951/52 wurden ca. 2/3 der Weltproduktion von Aluminium in den USA. und Kanada hergestellt. Die bedeutendsten Bauxitlager befinden sich in Niederländisch- und Britisch-Guayana sowie in Jamaika (zusammen ca. 40 % der gesamten Weltreserven). Das Lagerhaltungsprogramm für Aluminium ist deshalb besonders wichtig, weil jedes bereits eingelagerte lb Aluminium 10 kWh spart. 1 Mill. t Aluminium bedeutet somit eine Energieersparnis von 20 Mrd. kWh. Die Jahresproduktion der USA. belief sich 1953 auf 1,25 Mill. sh. t, die Einfuhren von Januar bis September 1953 auf insgesamt 237 000 sh. t. Die Rüstungsanforderungen sind beträchtlich. Bei Halbfabrikaten zeigt sich eine Absatzstockung, so daß die amerikanische Industrie Einfuhrschutz verlangt (Buy American Act und Anti-Dumping-Gesetz).

Magnesium

Auf Grund eines Elektrolyse-Verfahrens zur Gewinnung dieses Metalls verfügen die USA. über eine genügende Ausgangsbasis. Magnesium wird aus Meerwasser gewonnen, das 13 % Magnesium enthält. Ein zweites, silico-thermisches Verfahren ist um 50—70 % teurer als die Elektrolyse, verbraucht jedoch nur 4,5 kWh Strom pro lbs Magnesium, während die Elektrolyse 10 kWh erfordert. Das einzige Produktionsproblem bildet die Versorgung mit elektrischer Energie.

Titan

Ausgangsprodukt für das jüngste Metall sind Ilmenit- und Rutil-Erze. Die USA. sind der größte Ilmenitproduzent der Welt (80 % der Gesamtproduktion). Vor dem zweiten Weltkrieg wurde Ilmenit aus Indien eingeführt, heute liefert auch Kanada beträchtliche Mengen. Rutil-Erze kommen in den USA. nicht vor, die Einfuhren stammen aus Australien. Anfang Februar 1954 forderte Senator Malone eine rasche Steigerung der Titanerzeugung, und am 10. Februar gab das Office of Defense Mobilization das Produktionsziel bis 1956 mit 37 500 sh. t jährlich bekannt. Die gegenwärtige Erzeugung beträgt 7 680 sh. t. Die Rohstoffbasis der westlichen Hemisphäre reicht für die Bedarfsdeckung aus.

Falls die USA. allein auf die Rohstoffquellen ihres Kontinents zurückgreifen, sind sie unter Heranziehung unwirtschaftlicher Vorkommen fast autark — natürlich in Zusammenarbeit mit ihren nördlichen und südlichen Nachbarn. Auf dem Wege einer „Politik der guten Nachbarschaft“ sollen die Rohstoffnachschubgebiete weiter erschlossen werden. Schwierig ist vor allem die Versorgung mit Zinn und Mangan, und nicht erhältlich in den beiden Amerikas sind Industriediamanten, deren Einfuhr jedoch zur Zeit keine Schwierigkeiten bereitet.

Die Rohstoffpolitik der USA. wird sich daher sowohl auf den Ausbau eigener inländischer Reserven als auch auf jene der Nachbarländer konzentrieren müssen. Die Sicherstellung der eigenen Produktion ist um so wichtiger, als ein Verfall der Gruben im Ernstfall große finanzielle Anstrengungen erfordern würde,

bevor der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Ueberdies wird sich kein Kapitalgeber an aussichtslosen, d. h. nur geringen Gewinn abwerfenden Erzeugungen beteiligen. Aus diesem Grunde müssen Anreize für die Fortsetzung der bergbaulichen Erschließung der USA. gefunden werden. Die Haupt Hindernisse wurden bereits dargestellt. Auf die internationale Lage projiziert, bedeutet das zwar nicht die Aufgabe von Rohstoffbezügen aus Indien, Europa oder dem Belgischen Kongo; das Hauptaugenmerk wird jedoch den Staaten der beiden Amerikas zugewandt werden.

Die Hauptschwierigkeit dieser Darlegungen bestand darin, Anhaltspunkte für eine „konsistente Rohstoffpolitik“ zu finden. Es mag eingewandt werden, daß es eine solche in Friedenszeiten kaum geben wird, da der Rohstoffverbraucher das billigste Material kaufen wird, ohne sich um die Quelle und die strategische Bedeutung der Bezugsrichtung zu kümmern. Aus diesem Grund wurde während der Einvernahmen vor dem Senatsausschuß wiederholt der Vorschlag gemacht, eine Koordinierung zwischen den verschiedenen amerikanischen Regierungsstellen herbeizuführen und das Bureau of Mines mit seinen Technikern und Forschungslaboratorien mit dieser Arbeit zu beauftragen. Wenn es auch gegenwärtig noch keine solche Koordinationsstelle gibt, so lassen sich doch schon deutlich Anzeichen für die zukünftige Politik erkennen: die Bedeutung, die die neue Regierung Süd- und Mittelamerika beimißt, sowie die Unterstützung, die man der inländischen Rohstoffindustrie angedeihen läßt, sind ein Zeichen für die Entwicklung zu möglichst großer Selbständigkeit und Unabhängigkeit Nord- und Südamerikas im Verhältnis zu anderen Gebieten.

Summary: The Raw Materials Policy of the USA. While the political scene in the USA. is dominated by the conflict of interests propagating either international cooperation or a policy of isolation, a parallel conflict exists in the field of raw materials policy, viz. between exploring foreign raw material resources and promoting the mining industries at home. Quite recently, extensive investigations have been conducted by several bodies in the US, defining the situation of the US mining industry and ascertaining the exact raw materials deposits known to exist on the two American continents. The author summarizes the results of these investigations as far as the most important limited minerals are concerned, and then analyses the weight attaching to the diverging groups of interest and the influence which they can be expected to have on the USA's future raw materials policy. He arrives at the conclusion that, out of protectionist as well as strategic considerations, the USA will give increasing support to the exploitation of the country's own resources in future and, although it cannot do without foreign sources of supply, it will give priority to the exploration of the deposits on the American continents.

Résumé: La politique des matières premières des Etats-Unis. La politique des Etats-Unis est dominée par la contradiction entre les deux conceptions de la coopération internationale et de l'isolationnisme économique. Dans le domaine de la politique des matières premières cette contradiction revient au dualisme entre le développement des sources d'approvisionnement d'outre-mer d'une part, et des industries minières des Etats-Unis d'autre part. Au cours des années dernières plusieurs commissions américaines ont poursuivi des recherches importantes. L'auteur regroupe les résultats concernant les minerais de première nécessité d'un volume restreint pour analyser ensuite les points de vue des groupes d'intérêts différents et l'influence qu'ils vont exercer probablement dans l'avenir sur la politique des matières premières que Washington doit fixer. De cet examen l'auteur conclut que, dans l'avenir proche, des revendications protectionnistes et stratégiques vont mener les Américains à donner la priorité au développement des réserves des Etats-Unis. Bien que les Américains ne soient pas en état de renoncer complètement à l'approvisionnement par l'étranger, ils vont encourager avant tout l'exploitation de leurs propres industries minières.

Resumen: La política de materias primas de los Estados Unidos. El contraste que existe en la política norteamericana entre la cooperación internacional por un lado y „el esfuerzo por vivir de sus propios recursos“ por otro, forma pareja, en el campo de la política seguida en cuanto a materias primas, con el contraste entre la explotación de las fuentes de materias primas en el extranjero y el fomento de las industrias mineras en el propio país. Diferentes entidades han llevado a cabo recientemente investigaciones de gran escala. El autor hace un resumen de los resultados en lo que a los escasos minerales se refiere, y analiza la importancia de los diferentes puntos de vista de los interesados y su posible influencia en la futura política seguida por los Estados Unidos en cuanto a las materias primas. Llega a la conclusión de que los EE. UU. tanto por consideraciones proteccionistas como por reflexiones estratégicas, en lo futuro fomentarán más la explotación de las fuentes de materias primas nacionales. Además quieren participar, en primer término, en la explotación de los yacimientos mineros del continente americano, aunque no podrían renunciar a fuentes de provisión en el extranjero.